

Überwintern
in unwirtlichen
Zelten: Streikende
Bergleute mit
ihren Familien
in Colorado



Revolte gegen die Willkür

Vor 100 Jahren eskalierte der Streik der Bergarbeiter von Colorado zum lokalen Bürgerkrieg. Die Folgen für die amerikanische Arbeiterbewegung reichen bis heute VON MANFRED BERG

Massenstreiks, eine explodierende Bombe, Polizisten, die in die Menge schossen, exekutierte Arbeiterführer: Die Haymarket Riots in Chicago vom 1. Mai 1886 begründeten den internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung. Noch unerbitlicher wurden die Proteste für mehr Mitsprache und besseren Lohn Ende April 1914, vor 100 Jahren, zurückgeschlagen. Am Fuße der Rocky Mountains, im Süden des Staates Colorado, wo sich eines der größten Kohlereviere der USA befand, mündete ein bereits seit sieben Monaten andauernder Bergarbeiterstreik in Mord und Totschlag. Das sogenannte Ludlow-Massaker gilt bis heute als das brutalste Kapitel des amerikanischen Arbeitskamps. Die Gewalt gegen streikende Arbeiter und ihre Familien schockierte die Nation und brachte selbst hartgesottene Kapitalisten wie die Rockefeller-Familie zur Einsicht, dass auf die Belange der Arbeiterschaft mehr Rücksicht genommen werden musste.

In den Streik getreten waren die Minenarbeiter Südcolorados bereits am 16. September 1913 – unter anderem aufgrund des herrschenden Akkordsystems. Seither war es immer wieder zu gewaltsamen Konflikten gekommen zwischen den Streikenden auf der einen und Wächtern der Bergwerksgesellschaft sowie Streikbrechern auf der anderen Seite. Der Gouverneur des Staates Colorado, Elias Ammons, hatte das Kriegsrecht verhängt und die Nationalgarde mobilisiert. Da ihm jedoch Mitte April 1914 das Geld ausging, musste er den Großteil der Garde wieder abziehen. Zurück blieb nur eine einzige Kompanie, die gegenüber dem Eisenbahndepot von Ludlow Stellung bezog. Dort hatten die aus ihren Unterkünften vertriebenen Arbeiter ein Zeltlager für sich und ihre Familien errichtet.

Als am Morgen des 20. April 1914 aus ungeklärten Gründen Schüsse fielen, begann ein heftiges Feuergefecht, das den ganzen Tag andauerte. Die Nationalgardisten beschossen die Zeltkolonie mit Maschinengewehren, obwohl sich dort noch Frauen und Kinder befanden. Am Nachmittag fingen die verkohlten Leichen von elf Kindern und zwei Frauen gefunden.

Die Nationalgarde stritt jede Verantwortung für die Gewalt ab. Man räumte aber ein, dass sich die Millionäre bei der Besetzung der Zeltkolonie in einen »plündernden Mob« verwandelt hätten. Augenzeugen wollten außerdem gesehen haben, wie die Gardisten mehrere Gefangene kaltblütig ermordeten, darunter den Streikführer Louis Tikas, der sich verzweifelt bemüht hatte, das Blutvergießen zu stoppen.

Schätzungsweise 20 Menschen starben am 20. April, fast alle aufseiten der Streikenden. Die Bergarbeitergewerkschaft United Mine Workers of America (UMWA) sprach sogar von mehr als 60 Toten. Und die Gewalt war damit noch lange nicht beendet.

Tausende Bergarbeiter begannen einen Rachezug durch das Kohlerevier Südcolorados, der noch einmal mindestens 30 Menschenleben forderte, diesmal fast ausschließlich unter den Wächtern und Streikbrechern. Seinen Höhepunkt erreichte der Aufstand am 29. April, als die Streikenden das Städtchen Forbes in Schutt und Asche legten. Die zahlenmäßig unterlegene Miliz war außerstande, das Arbeiterheer zu stoppen. Gouverneur Ammons musste US-Präsident Woodrow Wilson um Hilfe bitten, der 1600 Soldaten der regulären US-Armee in das Krisengebiet entsandte. Mit dem Eintreffen der Truppen Ende April ebte die Gewalt ab, doch der Streik ging noch bis Dezember 1914 weiter. Als der Krieg im Kohlerevier vorbei war, zählte man mindestens 75 Tote.

Privatdetektive spionierten im Auftrag der Unternehmer die Bergarbeiter aus

Wie hatte es zu einer derartigen Eskalation kommen können? Waren die Bergarbeiter, von denen ein großer Teil aus Südosteuropa stammte, gefährliche Revolutionäre, die »der barbarische Blutdurst der südeuropäischen Bauern« antrieb, wie die Apologeten der Nationalgarde behaupteten?

Tatsächlich brachten viele der Einwanderer aus Italien, Griechenland und den Ländern des Balkans, die in den Kohlegruben Colorados arbeiteten, militante Traditionen des Widerstands nach Amerika. Doch war die ethnische Zersplitterung der amerikanischen Arbeiterschaft eher ein Hindernis für die gewerkschaftliche Organisation. Afroamerikaner und Neueinwanderer ließen sich leicht als Streikbrecher und Lohndrücker einsetzen und zogen sich so den Hass der alteingesessenen Arbeiterschaft zu. 1885 schlachtete ein Mob weißer Arbeiter in Rock Springs, Wyoming, mehr als 30 chinesische Bergleute ab. Da die meisten der Neuankömmlinge kein Englisch verstanden, wussten sie oft gar nicht, dass sie als Streikbrecher angeheuert hatten.

Auch unter den etwa 1200 Bewohnern des Camps in Ludlow wurden angeblich 22 verschiedene Sprachen gesprochen – neben den Süd- und Osteuropäern fanden sich dort zahlreiche Mexikaner sowie einige Tiroler. Spannungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen waren keine Seltenheit. Umso bemerkenswerter ist, dass die UMWA den Streik 15 Monate lang durchhalten konnte.

Der Hauptwidersacher der Gewerkschaft war die Colorado Fuel &

Iron Company (CF&I). Als größte Bergwerksgesellschaft im Kohlerevier von Südcolorado beschäftigte sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts etwa 13 000 Arbeiter. Verantwortlich für die Geschäfte der CF&I war John D. Rockefeller, Jr., dessen Familie die Aktienmehrheit am Unternehmen hielt. Paternalistische Großkapitalisten wie die Rockefellers sahen in Gewerkschaften Verschwörer gegen die Vertragsfreiheit und Agitatoren, die zufriedene Arbeiter aufhetzten. Gegenüber einzelnen Beschwerden aus der Arbeiterschaft zeigten sie sich aufgeschlossen, die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften als Verhandlungspartner bekämpften sie jedoch.

Dabei verließen sich die Unternehmer nicht allein auf die Staatsmacht. Sie heuerten Privatdetektiven wie die berühmte-berühmte Pinkerton-Agentur an, die Arbeiter ausspionierte und Werkschutzeinheiten aufbaute. Die Grenzen zwischen den Privatarmen der Unternehmen und der Nationalgarde waren fließend. So stellte die CF&I im Herbst 1913 sicher, dass die Staatsmilizionäre von Colorado ihren Sold erhielten. Repressionen dieser Art seitens der Unternehmer und des Staates waren ein wichtiger Grund für die – etwa im Vergleich zur deutschen Sozialdemokratie – organisatorische Schwäche der US-Arbeiterbewegung.

Entsprechend kompromisslos zeigten sich die Bosse der Bergwerksgesellschaften, als der Streik, der zum Massaker von Ludlow führen sollte, im September 1913 begann. Sie verfügten die sofortige Entlassung aller Streikenden, die mit ihren Familien die Häuser der *company towns* räumen mussten. Auf einen Schlag verloren mehr als 11 000 Bergleute Arbeit und Unterkunft. Manche verließen die Gegend, um anderswo einen Job zu suchen. Wer blieb, musste der Kälte des Winters in den von der Gewerkschaft improvisierten Zeltlagern trotzen. Und er musste vom Streikgeld der UMWA leben. Für eine sechsköpfige Familie betrug es sechs Dollar wöchentlich – etwa die Hälfte des durchschnittlichen Lohns eines Bergmanns.

Die Forderungen, die die Gewerkschaften im September 1913 erhoben, erscheinen aus heutiger Sicht überaus moderat. Dem Historiker geben sie zudem einen guten Einblick in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter sowie in das System, gegen das sie aufbegehren.

Ein wichtiger Grund für den Streik war das für die Arbeiter extrem nachteilige Akkordsystem. So erhielten die Bergleute keinen Stundenlohn, sondern wurden nach dem Gewicht der von ihnen abgelieferten Kohle bezahlt. Skandalös war daran vor allem, dass die Bergmänner alle zusätzlich zur Kohleförderung anfallenden Arbeiten, etwa die Tätigkeiten für die Absicherung der Stollen, unentgeltlich und nebenbei erledigen mussten. Die Folgen für die Sicherheit in den Gruben waren katastrophal. Allein zwischen 1907 und 1910 verunglückten in Colorado mindestens 230 Bergmänner tödlich, davon 178 in den Bergwerken der CF&I. Nirgendwo sonst in

den USA lebten Bergleute gefährlicher. Die Hinterbliebenen wurden mit Almosen abgespeist, Schadensersatzklagen hatten bei den unternehmerfreundlichen Gerichten kaum Aussicht auf Erfolg.

Statt Akkordarbeit, die sich meistens auf zehn Stunden am Tag summierte, wollten die Arbeiter einen Achtstundentag ohne Akkord durchsetzen, verbunden mit einer Lohnerhöhung. Darüber hinaus forderten sie »das Recht, in Geschäften unserer Wahl einzukaufen, sowie das Recht, unsere Wohnung und unseren Arzt selbst zu wählen«.

Verständlich wird dieser Punkt mit Blick auf die Werksiedlungen, die von den Unternehmen errichtet und verwaltet wurden. Sie gehörten wie in Europa zum Inventar des sogenannten Wohlfahrtskapitalismus, bei dem sich paternalistische Fürsorge mit den Motiven verband, die Arbeiterschaft zu »zivilisieren« sowie Streiks und die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern.

Auch das Management der CF&I hielt die Werksiedlungen für eine soziale Errungenschaft. Das System der *company towns* bot den Arbeitern durchaus Vorteile, etwa Schulen und ärztliche Versorgung, machte sie aber völlig abhängig von der Bergwerksgesellschaft, die ihnen als Arbeitgeber, Vermieter, Händler, Lehrer und Arzt gegenübertrat und mit zahlreichen Verboten ihren Lebenswandel reglementierte. Entsprechend geißelte der US-Kongress 1915 die *company towns* als »Feudalsystem«, das die Arbeiter zu »Leibeigenen« mache.

Rockefeller blieb bis zum Ende des Streiks bei seiner harten Linie

Ihr Streben nach Unabhängigkeit brachten die Bergleute vor allem durch ihre erste und für viele wichtigste Forderung zum Ausdruck: die Anerkennung ihrer eigenen Gewerkschaft. Gleich nach Beginn des Streiks bot die CF&I an, über die Forderungen der Bergleute zu verhandeln, weigerte sich aber kategorisch, mit den »Anarchisten und Sozialisten« der UMWA zu reden. In einem Bericht für John D. Rockefeller, Jr., machte CF&I-Geschäftsführer Lamont Bowers deutlich, dass er die UMWA unter keinen Umständen anerkennen werde. Die Arbeiter seien zufrieden und wollten weder Streik noch Gewerkschaft. Rockefeller bestärkte Bowers in dieser Haltung und versicherte, man werde »bis zum Ende« zu ihm stehen.

Bowers und Rockefeller ahnten nicht, dass der Streik 15 Monate dauern und der CF&I hohe Verluste bescheren würde. Sie blieben bis zum Schluss bei ihrer harten Linie, wohl wissend, dass die Zeit für sie arbeitete. Auch die Bundesstruppen unterstützten die Linie der Unternehmer, weil sie, entgegen der von der US-Regierung angeordneten Neutralität, wenig gegen die angeheuerteten Streikbrecher unternahmen, die nach Colorado strömten. Mit jedem weiteren Monat ohne Lohn schwand der Durchhaltewillen der Streikenden. Nach und nach

kehrten sie an ihre Arbeitsplätze zurück, während der UMWA das Geld ausging. Anfang Dezember 1914 sah sich die Gewerkschaftsführung gezwungen, den Streik abzubrechen.

Der Krieg im Kohlerevier endete mit einer schweren Niederlage der Gewerkschaft, die ihre Forderung nach Anerkennung durch die Bergbauergesellschaften nicht durchsetzen konnte. Die Streikkosten von knapp 900 000 Dollar ruinierten die UMWA nahezu. Hunderte ihrer Mitglieder und Funktionäre kamen wegen der Gewalttaten im April 1914 vor Gericht. UMWA-Führer John Lawson wurde wegen Mordes zu »lebenslanglich« verurteilt, das Urteil jedoch in zweiter Instanz aufgehoben. Von einer Strafverfolgung gegen Angehörige der Nationalgarde und Wächmänner der Bergwerksunternehmen ist dagegen nichts bekannt.

Die öffentliche Meinung in Amerika sympathisierte nach den Ereignissen von Ludlow überwiegend mit den Streikenden. Vor allem wegen des Todes der elf Kinder am 20. April. Die legendäre Gewerkschafterin Mary Harris »Mother« Jones, die noch als 76-Jährige in Colorado agitiert hatte und für mehrere Wochen eingesperrt worden war, registrierte diesen Zuspruch mit gemischten Gefühlen. In ihren Memoiren schrieb sie: »Bei lebendigem Leibe geröstete Kinder schaffen es auf die Titelseiten; wenn sie langsam vor Hunger und Kälte dahinsiechen, interessiert es niemanden.«

1915 kam eine vom US-Senat eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Schluss, der Streik sei eine »Revolte« gegen die Willkür und die »unsozialen und kriminellen Praktiken« der CF&I gewesen. Der Ausschuss kritisierte insbesondere John D. Rockefeller, Jr., der sich keinen Deut für die Arbeitsbedingungen der Bergleute interessiert habe. Der als herzloser Erzkapitalist angegriffene Unternehmer sah sich gezwungen, einen PR-Fachmann zu engagieren, um sein Image aufzupolieren. Darüber hinaus entwickelte Rockefeller mit dem späteren kanadischen Ministerpräsidenten William Mackenzie King den Plan einer »Industrie-Verfassung«: Arbeit und Kapital sollten zusammenwirken und bessere Sozialleistungen erbracht werden. Auch für Gewerkschaften sollte jetzt Platz sein, allerdings nur für solche, die der Geschäftsleitung genehm waren.

Noch zwei Jahrzehnte verstrichen, ehe die Arbeiter 1935 als Teil der New-Deal-Gesetze unter Präsident Franklin D. Roosevelt das gesetzliche Recht bekamen, Gewerkschaften ihrer Wahl als Tarifpartner zu benennen, die von den Unternehmern anerkannt werden mussten. Eins aber hat sich bis heute nicht geändert: Nach wie vor gehört es zu den gängigen Unternehmenspraktiken in den USA, Gewerkschaften so weit wie möglich aus den Betrieben herauszuhalten.

Der Autor ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Im Verlag Hamburger Edition ist soeben sein neues Buch »Lynchjustiz in den USA« erschienen (274 S., 32,- €)



Gegenspieler der Streikenden: John David Rockefeller, Jr., 1915

SCHAUPLATZ: WUPPERTAL

Kulturvandalismus und Malerei

Der Erste Weltkrieg in der französischen und deutschen Kunst

1912 nahm der Hamburger Volksschullehrer Wilhelm Lamszus in seinem Buch *Das Menschenschlachthaus* die Schrecken des Ersten Weltkriegs vorweg. *Bilder vom kommenden Krieg* versprach damals das Werk, und so lag es nahe, den Titel für eine Ausstellung zu entleihen, wie es das Von der Heydt-Museum in Wuppertal nun getan hat.

Die Schau beleuchtet den Großen Krieg aus der Perspektive deutscher und französischer Künstler. Das Konzept entstand in Kooperation mit dem

Musée des Beaux-Arts in Reims. Eine symbolträchtige Zusammenarbeit: Reims war die erste französische Großstadt, die die Deutschen 1914 bombardierten. Auch die berühmte Krönungskathedrale nahmen sie unter Beschuss – ein Akt des Kulturvandalismus, den man historisch zu rechtfertigen versuchte: 1689 hatten französische Truppen Feuer im Speyerer Dom gelegt. Zwölf Trümmersteine der Kathedrale sind in Wuppertal wie Mahnmale aufgestellt. Vor allem aber haben die Museen je 160 Kunst-

werke zusammengetragen, von Otto Dix, Max Beckmann und George Grosz, von Pierre Bonnard, Fernand Léger und anderen. Sie zeigen Dreck, Verwundung, Tod. Und veranschaulichen, wie die Künstler die zerstörerische Energie des Krieges gegen die Malerei selbst wendeten, um jenseits von Tradition und Geschichte neue Formen zu finden. MAP

Bis 27. Juli, Von der Heydt-Museum Wuppertal, www.menschenschlachthaus-ausstellung.de, Tel. 0202/563 62 31

ZEITLÄUFTE

Was wir schon immer von der NSA wissen wollten

Nahel den Pyrenäen nahm die Inquisition einst das kleine französische Katharer-Dorf Montailou unter die Lupe. Während des Ketzerprozesses legte sie Akten mit 578 Vernehmungssprotokollen und 160 Zeugenaussagen an. 1325 war das. Mehr als sechs Jahrhunderte sollte es dauern, bis Historiker in den siebziger Jahren diese Datensätze, ehrwürdige Vorläufer von Big Data, gehoben und gesichtet hatten. Seither weiß die Welt

bestens Bescheid über die religiösen Überzeugungen des Dorfes und das, was die Inquisition noch so interessierte (die Seitensprünge des Pfarrers).

Weiß Gott, wie lange es also dauert, bis wir über den NSA-Skandal aufgeklärt werden (und erfahren mit wem unsere Pfarrerstochter so alles telefoniert hat). Weiß Gott? Seit die Big-Data-Inquisition alles vorhersieht und in göttlicher Vorsehung bestimmt, muss es wohl heißen: Weiß die NSA, wie lange es dauert, bis wir wissen, was sie über uns weiß. MAP